

*Viel mehr als TikTok und Co.*

## **Digitale Bildung vorantreiben, Neues wagen und Demokratie sichern**

Die Digitalisierung verändert unsere Welt tiefgreifend – in der Arbeitswelt, in der Kommunikation, im Alltag. Sie macht Informationen jederzeit verfügbar, erlaubt neue Formen der Zusammenarbeit und eröffnet kreative Lernwege. Gleichzeitig bringt sie Herausforderungen mit sich: Falschinformationen, Reizüberflutung, digitale Abhängigkeiten. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Der souveräne Umgang mit digitalen Medien gehört heute zu den Schlüsselkompetenzen – und muss deshalb systematisch in der Schule vermittelt werden.

Digitale Bildung beginnt nicht beim Tablet im Klassenzimmer, sondern bei der Fähigkeit, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen, eigene Inhalte verantwortungsvoll zu erstellen und technische Werkzeuge sinnvoll einzusetzen. Medienbildung muss deshalb integraler Bestandteil aller Bildungspläne sein – nicht als isoliertes Unterrichtsfach, sondern als Querschnittsthema in allen Fächern. Ob Geschichte, Biologie oder Deutsch: In jedem Fach gibt es digitale Kompetenzen zu vermitteln. Zudem muss der zunehmenden Wichtigkeit der Berufsfelder Softwareentwicklung und Informatik Rechnung getragen werden, in dem Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen an die Grundlagen der Programmierung herangeführt werden.

Die Schule muss junge Menschen dazu befähigen, sich in einer Welt voller Informationen zurechtzufinden – und selbstbestimmt darin zu handeln. In Zeiten von Desinformation, Verschwörungstheorien und politischer Einflussnahme im Netz wird digitale Mündigkeit zur Grundvoraussetzung einer wehrhaften Demokratie. Deshalb gehört Medienkompetenz auch zur Demokratiebildung.

Damit Lehrkräfte diesen Bildungsauftrag erfüllen können, brauchen sie selbst die entsprechenden Kompetenzen – und die nötige Unterstützung. Die Lehramtsausbildung muss den souveränen Umgang mit digitalen Werkzeugen systematisch vermitteln. Schulen brauchen IT-Fachkräfte, die für Technik und Administration zuständig sind, damit Lehrkräfte nicht nebenbei den Serverraum verwalten müssen.

Und: Es braucht klare Regeln zur privaten Nutzung von Handys an Schulen, die einerseits pädagogische Freiräume lassen und andererseits den Unterricht schützen. Auch für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz braucht es eindeutige Leitlinien.

Wir werden:

- Medienbildung als verpflichtendes Querschnittsthema in allen Bildungsplänen und Schularten verankern,
- Grundlagen der Programmierung in den Lehrplänen der weiterführenden Schularten verankern,
- den souveränen Umgang mit digitalen Technologien in der Lehrkräfteausbildung und Fortbildung stärken,
- professionelle IT-Fachkräfte („digitale Hausmeister“) an Schulen etablieren, um Lehrkräfte zu entlasten,
- schulische Regeln zur privaten Handynutzung pädagogisch sinnvoll und altersgerecht gestalten,
- digitale Bildung als Beitrag zur Demokratiebildung und Medienmündigkeit profilieren.

*Weil sie für uns unverzichtbar sind*

## **Freie Schulen wertschätzen und fördern**

Freie Schulen bereichern unsere Bildungslandschaft. Sie setzen innovative pädagogische Konzepte um, entlasten das staatliche Schulsystem und schaffen Wahlmöglichkeiten für Familien. Sie stehen für Engagement, Vielfalt und Leistungsbereitschaft. Durch ihre vielfältigen Angebote tragen sie ihren Teil dazu bei, dass jedes Kind die passende Schule finden kann.

Wir Freie Demokraten stehen deshalb zu den Freien Schulen. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit, gerade auch finanziell. Denn ihrem Auftrag entspricht es, Kinder auch unabhängig vom Geldbeutel der Eltern aufzunehmen. Das geht aber nur, wenn es verlässliche staatliche Unterstützung gibt.

Besonders wichtig ist uns die Gleichstellung von Ergänzungsschulen im sozialen und gesundheitlichen Bereich. Da Ergänzungsschulen Schulen sind, die Bildungsgänge anbieten, die es im staatlichen Schulsystem gar nicht gibt, sind sie besonders wichtig für die Fachkräftegewinnung. Wer Pflegekräfte oder Erzieherinnen ausbildet, leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft – und muss auch finanziell fair behandelt werden.

Freie Schulen sind keine Konkurrenz zum staatlichen System, sondern eine wertvolle Ergänzung. Ihre Träger übernehmen Verantwortung und bereichern die pädagogische Vielfalt. Das verdient Anerkennung – nicht Misstrauen.

Wir werden:

- das Bruttokostenmodell rechtssicher und transparent anwenden,
- Ergänzungsschulen im Sozial- und Gesundheitswesen finanziell den Ersatzschulen gleichstellen,
- das Privatschulgesetz entrümpeln und langfristig stabilisieren,
- Freie Schulen als Innovationstreiber im Bildungssystem anerkennen,
- Bildungsvielfalt durch Trägervielfalt gezielt fördern,
- die Erfüllung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen in privater Trägerschaft finanziell stärker unterstützen.

***Weil durch unsere Kleinen Großes entsteht.***

## **Frühkindliche Bildung in den Blick nehmen**

Kinder sind die Zukunft und die Ressource Baden-Württembergs. Wir wollen allen Kindern die gleichen Chancen und Möglichkeiten eröffnen. Daher verstehen wir den Staat als Bildungspartner neben dem Elternhaus. Die Grundbildung beginnt dabei schon sehr früh – Sprache und Ansprache, Motorik und Sensorik, je früher Kinder spielerisch ihre Fähigkeiten erproben und erlernen, desto leichter werden sie diese später weiter ausprägen können. Kein Talent darf zurückgelassen werden, auf dem Weg dorthin ist die frühkindliche Bildung der Grundstein, auf den wir bauen.

Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder die deutsche Sprache am Ende des Kindergartens vor Schuleintritt sicher beherrschen. Die Sprachvermittlung ist eine Priorität in der frühkindlichen Bildung. Deshalb müssen die Sprachförderprogramme vereinfacht sowie besser miteinander verzahnt werden. Dabei dürfen keine Potentiale wie die Expertise von Logopäden verschenkt werden.

Doch was bringt das beste Bildungs- und Betreuungsangebot, wenn es nicht genug Plätze gibt? Etwa 60.000 Kinder in Baden-Württemberg bekommen aufgrund des Personalmangels keinen Betreuungsplatz. Die Antwort darauf darf jedoch nicht in einer Erhöhung der Gruppengrößen liegen. Denn Qualität braucht ausreichend Zeit für die Kinder und für die Vorbereitung – keine Überlastung von Erzieherinnen und Erziehern. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die qualifiziertes Personal binden und neue Fachkräfte gewinnen – durch gute Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und klare Konzepte.

Wir werden:

- mit kommunalen und freien Trägern eine altersübergreifende und tragfähige Finanzierungsstruktur schaffen unter Einbindung eines Gutscheinmodells, das die Qualität und die Wahlfreiheit der Eltern stärkt,
- die Sprachförderprogramme von Bürokratie befreien, besser verzahnen und Experten wie z. B. Logopäden einbinden,
- die Kindertagespflege als vollwertige Säule der frühkindlichen Bildung anerkennen und angemessen finanziell sowie strukturell unterstützen,
- die Anschlussfähigkeit von Kindertagespflegepersonen an andere pädagogische Berufe deutlich verbessern,
- die pädagogischen Fachkräfte durch Verwaltungs-, Hauswirtschafts- und Zusatzkräfte von nicht pädagogischer Arbeit entlasten,
- ein Matchingsystem einführen, um die Einstellung von fachfremden Zusatzkräften zu erleichtern,
- ein Anwerbeprogramm von Erzieherinnen und Erziehern aus anderen Bundesländern ins Leben rufen,
- die Anerkennung ausländischer Fachkräfte, ein Sprachniveau von mindestens „B2“ vorausgesetzt, beschleunigen,
- den Fachkräftecatalog im Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) maßvoll erweitern,

- die kreativen Betreuungskonzepte, die durch den auf unseren Druck hin eingeführten Erprobungsparagrafen im KiTaG ermöglicht wurden, evaluieren und daraus abgeleitet Gesetze und Verordnungen entschlacken,
- die Leitungszeit von Kitaleitungen mindestens auf den Bundesschnitt anheben,
- alle genehmigungspflichtigen Vorgaben auf ihre Praktikabilität für die unterschiedlichen Betreuungsformate hin überprüfen,
- die Digitalisierung im frühkindlichen Bereich durch Weiterbildungsangebote für Fachkräfte, durch die Beauftragung der Stadt- und Kreismedienzentren und durch bessere digitale Ausstattung stärken, um unseren Kindern den Umgang mit digitalen Medien altersangemessen beizubringen,
- die Schulkindergärten erhalten und bei Bedarf ausbauen und gleichzeitig überprüfen, wie die inklusive Frühförderung und Begleitung bedarfsgerecht verbessert werden kann,
- die Ausbildungskapazitäten, insbesondere der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) und des „Direkteinstiegs Kita“ bedarfsgerecht erhöhen,
- Die Themen Mental Health und Resilienz für Erzieherinnen und Erzieher in der Aus- und Fortbildung implementieren.

*Mehr Qualität, mehr Vielfalt, mehr Chancen!*

## **Grundschule und Ganztag**

Keine Mutter und kein Vater sollen sich künftig mehr Gedanken machen, wie sie die Betreuung ihrer Kinder sicherstellen können. Schon heute ist es normal, dass beide Elternteile erwerbstätig sind. Arbeitgeber haben schon längst im Wettbewerb um die Mitarbeiter auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reagiert. Wir werden unsere Kommunen dazu befähigen genauso flexibel zu sein wie es unsere moderne Arbeitswelt ist.

Wir Freie Demokraten wollen daher bessere Bedingungen für Lehrkräfte, mehr Wahlfreiheit für Eltern und mehr Flexibilität und Qualität im Ganztag.

Beim Ganztag setzen wir auf Vielfalt statt Zwang. Die Wahlfreiheit der Eltern ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungspartnerschaft. Nur wenn die Eltern eine Wahl haben, können sie für ihre Kinder das passende Bildungs- und Betreuungskonzept finden. So stärken wir Eltern und Kinder gleichzeitig. Außerschulische Akteure wie z.B. Vereine wollen wir dabei in den Ganztag einbinden und dafür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Wir werden:

- A13 für Grundschullehrkräfte durchsetzen und den Numerus Clausus an Pädagogischen Hochschulen abschaffen
- das Unterrichtsfach Ethik verpflichtend ab Klasse 1 einführen,
- die Grundschulempfehlung wieder für alle Schularten verbindlich gestalten,
- die Kooperationslehrkräfte zur besseren Verzahnung von frühkindlichem Bereich und Grundschule durch angemessene und bedarfsorientierte Entlastung stärken,
- die Wahlfreiheit der Eltern zwischen den verschiedenen Betreuungsangeboten sicherstellen – wir wollen keinen Ganztagszwang,
- die Zuständigkeit in Bezug auf den Ganztagsanspruch auf das Sozialministerium und den KVJS (Landesjugendamt) übertragen,
- klare Qualitätsstandards inklusive eines differenzierten Fachkräftekatalogs für Ganztagsbetreuung formulieren,
- die Schulkonferenzen wieder mitentscheiden lassen, ob eine Ganztagschule eingerichtet wird oder nicht,
- die Erfüllung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen in privater Trägerschaft finanziell stärker unterstützen,
- eine gesetzliche Regelung der Ferienbetreuung schaffen, die ausreichend Flexibilität ermöglicht und bestehende Betreuungsangebote anerkennt,
- eine Hinwirkungspflicht der Städte und Gemeinden analog zum frühkindlichen Bereich gesetzlich verankern,
- Koordinationsstellen fördern und die (finanziellen) Rahmenbedingungen für die Einbindung außerschulischer Akteure langfristig verbessern,
- die Kindertagespflege als gleichwertiges Betreuungsangebot in die Erfüllung des Rechtsanspruchs einbinden,
- Sport und Bewegung sowie den Erwerb der Schwimmfähigkeit in der Grundschule stärken.

## **Gymnasien auf ein festes Fundament stellen**

Das Gymnasium ist das Sprungbrett für viele junge Menschen in Studium, Wissenschaft und internationale Mobilität. Es bereitet auf akademisches Arbeiten und wissenschaftliche Forschung vor. Dieses eigenständige Profil des Gymnasiums wollen wir erhalten und stärken.

Wir Freie Demokraten sagen: Es ist Zeit, das Gymnasium wieder auf ein stabiles Fundament zu stellen. Gleichzeitig wollen wir den jungen Menschen die Zeit geben die sie brauchen, nicht nur fachlich, sondern auch menschlich zu reifen. Daher war die Rückkehr zu G9 richtig. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bildungsabschluss Abitur wieder auf ein erfolgreiches Studium vorbereitet. Die beste Bildung für alle beinhaltet auch, dass künftig bezahlte Vorbereitungskurse und Nachhilfe für Erstsemester an Universitäten überflüssig werden, weil das Abitur schon die notwendigen Voraussetzungen bringt.

Das Gymnasium muss wieder ein Ort für anspruchsvolle, fundierte Bildung sein. Dazu gehören Konzentration auf zentrale Fächer, vertiefte Methodik und eine Oberstufe, die auf ein Studium vorbereitet. Bildung für die akademische Zukunft darf nicht zum Experimentierfeld werden. Da das Gymnasium als einzige Schulart in ihrem Profil darauf ausgelegt ist, die Grundlage für wissenschaftliches Arbeiten zu legen, ist sie keine Schule wie jede andere – und soll es auch nicht sein. Unsere Gymnasien erfüllen eine besondere Funktion im Bildungsgefüge. Diese Funktion wollen wir stärken, nicht verwässern.

Wir werden:

- die gymnasiale Studentenrat überarbeiten und an pädagogischen und wissenschaftlichen Zielen ausrichten,
- die Studierfähigkeit als zentrales Ziel des Gymnasiums klar definieren und umsetzen,
- die Oberstufe als Vorbereitungsphase auf wissenschaftliches Arbeiten stärken,
- die Rolle des Gymnasiums im differenzierten Schulwesen schützen und profilieren,
- die Rückkehr zu G9 mit echter Qualität und Struktur unterlegen und durch eine vorausschauende Einstellungspolitik mit ausreichend Lehrkräften unterfüttern.

*Entlasten wir sie:*

## **Lehrkräfte sind das Rückgrat unserer Schulen**

Lehrerinnen und Lehrer sind die tragende Säule unseres Bildungssystems. Ohne ihr Engagement, ihre Fachlichkeit und pädagogische Leidenschaft funktioniert Schule nicht. Wer sehr gute Bildung will, muss die Arbeit der Lehrer wertschätzen und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern.

Wir Freie Demokraten fordern einen klaren Schnitt: Lehrkräfte sollen wieder das tun dürfen, wofür sie ausgebildet wurden – unterrichten. Andere wichtige Aufgaben in der Schule, die aber nicht zur Unterrichtsarbeit gehören, müssen auf mehr Schultern verteilt werden. Dazu gehören der flächendeckende Ausbau von Schulsozialarbeit, eine bessere schulpsychologische Betreuung und IT-Fachkräfte vor Ort, die sich um Technik kümmern. Gerade im digitalen Bereich darf es nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer nebenbei als „digitale Hausmeister“ tätig sind. Bürokratische Lasten wie statistische Erhebungs- und Dokumentationspflichten müssen systematisch reduziert werden. Lehrkräfte brauchen klare Strukturen, Planungssicherheit und pädagogischen Freiraum.

Die Ermöglichung von Teilzeitmodellen ist zentral dafür, Lehrkräfte zu halten und zu binden. Attraktive Altersteilzeitmodelle führen dazu, dass die Rückkehr in den Beruf nah der Elternzeit schneller gelingt. Gerade in einem Beruf, der emotional und körperlich fordernd ist, sind flexible Arbeitszeitmodelle ein Schlüssel zur Personalbindung. Wir brauchen jede helfende Hand, um die Unterrichtsversorgung und -qualität sicherzustellen – auch in Teilzeit. Eine Vereinbarkeit des Lehrerberufs mit Familie und Care-Arbeit macht ihn auch für junge Menschen attraktiver. Mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte, insbesondere für Fachlehrkräfte, stärken die Attraktivität des Berufs zusätzlich. Auch müssen wir unsere Schulleitungen von überbordender Bürokratie wie übertriebenen Dokumentationspflichten entlasten. Wer als Schulleitung mehr Verantwortung übernimmt, verdient auch eine entsprechende Unterstützung, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von Schulverwaltungssassistenten. Ebenfalls darf das Ziel kleinerer Klassen nicht aus den Augen verloren werden.

Die Lehrkräfteausbildung muss gestärkt werden, indem wir den Fokus auf die fachliche und pädagogische Qualität der Ausbildung statt auf Tempo legen. Die Kürzung der Referendariatszeit war ein Fehler. Wir wollen ein Referendariat, das auf Sicherheit, Professionalität und pädagogische Stärke vorbereitet. Zudem muss die Differenzierung der Lehrkräfteausbildung wieder gestärkt werden.

Wir werden:

- Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten und Schulsozialarbeit, Schulpsychologie sowie IT-Unterstützung massiv ausbauen,
- bürokratische Pflichten für Lehrkräfte und Schulleitungen systematisch abbauen und so Freiräume für Unterricht und Schulentwicklung schaffen,
- Teilzeitmodelle voll erhalten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sichern,
- bei Schulabsentismus und Gewalt mit klaren Unterstützungsstrukturen wie Ansprechpartnern und Verfahrensregeln reagieren,
- das Referendariat wieder auf 24 Monate verlängern und qualitativ stärken.
- die Sommerferienarbeitslosigkeit von Referendaren beenden,

- verlässliche Zahlen zum Schulabsentismus erheben lassen und Projekte wie z.B. „Das andere Schulzimmer“ in Mannheim, die aus dem schulischen Regelbetrieb herausgefallene Schülerinnen und Schüler bei der Erlangung eines Abschlusses unterstützen, stärken und eine klare Rechtslage für sie schaffen.

*Weil das Beste zu geben Spaß macht*

## **Leistung fördern**

Kinder und Jugendliche wollen etwas leisten. Sie wollen sich beweisen, sich weiterentwickeln, Herausforderungen annehmen – und stolz auf das Erreichte sein. Schule muss ein Ort sein, an dem genau das möglich ist. Wer jungen Menschen wirklich gerecht werden und sie auf ihre Zukunft vorbereiten will, muss sie fordern – und nicht in Watte packen.

Leistung bedeutet nicht Druck um jeden Preis. Leistung bedeutet, gemeinsam Ziele zu setzen und daran zu wachsen. Es bedeutet, vielleicht auch einmal ein Ziel nicht im ersten Versuch zu erreichen und nochmal neu Anlauf zu nehmen. Die Schule ist der beste Ort, um zu lernen, dass Anstrengung sich lohnt, dass Rückschläge dazugehören und dass es ein gutes Gefühl ist, Herausforderungen zu meistern. Gerade im geschützten Raum der Schule können junge Menschen lernen, über sich hinauszuwachsen – mit pädagogischer Unterstützung und persönlicher Begleitung.

Wir treten ein für ein Bildungssystem, das Leistung anerkennt und fördert. Noten sind dabei ein zentrales Instrument: Sie geben Rückmeldung, Orientierung und Motivation. Modellversuche, in denen auf Noten verzichtet wird, führen zu Intransparenz und Verunsicherung – bei Kindern, Eltern und Lehrkräften gleichermaßen.

Gleichzeitig braucht es gezielte Förderung für leistungsstarke Kinder. Wettbewerbe, Zusatzangebote, MINT-Schwerpunkte – wer viel kann, soll auch viel lernen dürfen. Denn Talente sind kein Problem, sondern eine Chance – für das Individuum ebenso wie für unsere Gesellschaft.

Wir werden:

- das Leistungsprinzip als Grundlage schulischer Bildung stärken und gegen Relativierung verteidigen,
- Noten als bewährtes Rückmeldeinstrument erhalten und auf Modellversuche ohne Leistungsbewertung verzichten,
- Begabtenförderung und leistungsdifferenzierende Angebote in allen Schularten ausbauen (wie z. B. die Hector-Kinderakademie),
- schulische Wettbewerbe und Zusatzprogramme als Motivationselemente fördern,
- eine leistungsfreundliche Kultur an Schulen schaffen, die fordert, fördert und begeistert (wie z. B. eine Rückkehr zu leistungsorientierten Bundesjugendspielen),
- lernförderliche Räume und entsprechende Konzepte im Schulbau unterstützen.

## **Erfolgsmodell Realschule stärken**

Die Realschule ist die stabile Mitte unseres Schulsystems – beliebt bei Eltern, leistungsstark für Schülerinnen und Schüler und unverzichtbar für unsere Wirtschaft. Sie verbindet fundierte Allgemeinbildung mit praxisnaher Vorbereitung auf Ausbildung und berufliche Bildungsgänge. Für viele ist sie das Sprungbrett in die duale Ausbildung oder den beruflichen Aufstieg – und damit ein echtes Erfolgsmodell für sozialen Aufstieg.

Deshalb ist für uns Freie Demokraten entscheidend, die pädagogische Eigenständigkeit der Realschule gegen Angriffe zu sichern. Die Verpflichtung, den Hauptschulabschluss anbieten zu müssen – ohne einen eigenen Hauptschulzug – erschwert die pädagogische Ausrichtung und Arbeit der Realschulen enorm. Künftig müssen auch die Realschulen wieder in die Lage versetzt werden, diejenigen Schülerinnen und Schüler ausbilden zu dürfen, deren Begabung an dieser Schulform am besten gefördert werden können. Dafür braucht es die Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung nicht nur für die Gymnasien, sondern gerade auch für die Realschule. Jedes Kind hat die beste Bildung verdient, die Realschule ist dafür ein tragender Bildungspartner für Eltern und Schüler.

Die Realschule verdient Respekt, Stärkung und klare Perspektiven. Sie ist ein zentrales Bindeglied zwischen Theorie und Praxis und trägt maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei.

Für uns ist klar: Die Realschule muss als eigenständige Schulart mit klarem Profil sichtbar bleiben. Dazu gehört auch, ihr pädagogisches Selbstverständnis zu schützen – gegen ideologisch motivierte Vereinheitlichungsversuche, die unter dem Deckmantel der Bildungsgerechtigkeit die Qualität der Realschule opfern.

Wir werden:

- die Realschule als leistungsfähige, eigenständige Schulart mit klarem Profil erhalten und ausbauen,
- die Zuweisung zusätzlicher Aufgaben ohne Ausstattung – etwa den Hauptschulabschluss – korrigieren,
- die Grundschulempfehlung auch für die Realschule verbindlich einführen, um geeignete Übergänge zu sichern,
- das Image der Realschule als Aufstiegsschule und Fachkräfteschmiede gezielt stärken,
- ideologische Gleichmacherei im Schulsystem klar zurückweisen.

*Selbstbestimmung fängt in der Schule an*

## **SBBZ und Inklusion stärken**

Inklusion bedeutet für uns: das Beste für jedes einzelne Kind. Es bedeutet freie Entscheidung, passgenaue Förderung und Vielfalt an Möglichkeiten. Kinder mit besonderem Förderbedarf haben unterschiedliche Bedürfnisse – manche profitieren von inklusivem Unterricht in der Regelschule, andere brauchen den geschützten Raum eines Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ). Beides ist richtig – wenn es zum Kind passt.

Wir Freie Demokraten setzen uns für Wahlfreiheit ein. Eltern müssen die Möglichkeit haben, gemeinsam mit Fachkräften den passenden Bildungsort für ihr Kind zu finden. Die aktuelle Politik allerdings setzt zu oft auf Inklusion „um jeden Preis“ – meist ohne ausreichende personelle, räumliche oder fachliche Voraussetzungen. Das Ergebnis sind überforderte Lehrkräfte, frustrierte Familien und benachteiligte Kinder – das ist keine gelingende Inklusion.

Die SBBZ leisten hervorragende und wertvolle Arbeit. Sie bieten spezialisierte Förderung, multiprofessionelle Teams und eine sichere Umgebung für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Diese Einrichtungen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden, dass sie der Inklusion im Wege stehen, sondern sie sind unverzichtbarer Bestandteil eines inklusiven Bildungssystems.

Wir wollen ein Fördersystem, das sich am Kind orientiert – nicht an politischen Symbolen. Dazu braucht es Ressourcen, Vertrauen und die Anerkennung, dass individuelle Förderung unterschiedliche Wege braucht.

Wir werden:

- die Wahlfreiheit zwischen SBBZ und Regelschule sichern und ausbauen,
- personelle und räumliche Ressourcen für gelingende Inklusion an Regelschulen schaffen,
- SBBZ als spezialisierte Einrichtungen erhalten und besser ausstatten,
- multiprofessionelle Teams an allen Schularten stärken,
- Inklusion auf Augenhöhe mit Eltern, Fachkräften und Kommunen gestalten.
- den Numerus Clausus beim Lehramt Sonderpädagogik abschaffen,
- die Kooperationen zwischen SBBZ und Regelschulen (Außenklassen) stärken,
- Schulkindergärten erhalten und bedarfsgerecht ausbauen,
- den eigenständigen sonderpädagogischen Studiengang erhalten.

*Schulen sind keine Versuchskaninchen!*

## **Eine Allianz für beste Bildungsqualität schmieden**

In keinem anderen Politikfeld sind Verlässlichkeit, Planungssicherheit und klare Zielsetzungen so entscheidend wie in der Bildungspolitik. Schulen brauchen Stabilität. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern – sie alle müssen sich darauf verlassen können, dass die Bedingungen, unter denen Lernen und Lehren stattfindet, nicht alle paar Jahre durch politische Machtwechsel komplett auf den Kopf gestellt werden. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen klare Strukturen, um sich entwickeln zu können. Wer Bildung ständig neu erfindet, verunsichert nicht nur die Beteiligten, sondern gefährdet auch die Qualität.

Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns mit Nachdruck für einen parteiübergreifenden Schulfrieden ein, der über Legislaturperioden hinweg Bestand hat. Unser Ziel ist ein stabiler Rahmen, der Weiterentwicklung ermöglicht, aber die Grundstruktur sichert.

Ein Schulfrieden bedeutet dabei nicht Stillstand. Er bedeutet vielmehr: klare Spielregeln, unter denen Verbesserungen möglich sind, aber keine radikalen Systemwechsel mehr auf Kosten ganzer Schülergenerationen. Das gegliederte Schulwesen hat sich in Baden-Württemberg bewährt.

Die Vielfalt an Bildungswegen entspricht der Vielfalt an Talenten. Schularten mit pädagogisch eigenständiger Ausrichtung sind unsere Stärke. Deshalb fordern wir eine Bestandsgarantie für die bestehenden Schularten. Weiterentwicklungen mit Augenmaß sind dabei ausdrücklich erwünscht. Ein gutes Beispiel dafür ist unsere Forderung nach der Weiterentwicklung der Werkrealschule zur beruflichen Realschule. Zukunft braucht Substanz – und diese beginnt mit einem klaren Bekenntnis zur Planungssicherheit in der Bildung.

Wir werden:

- uns mit Nachdruck für einen parteiübergreifenden Schulfrieden einsetzen, der stabile Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung schafft,
- die Vielfalt der Schularten garantieren und den gezielten Abbau bestehender Strukturen entschieden ablehnen,
- bestehende Schulformen weiterentwickeln, ohne sie abzuschaffen – etwa durch die Transformation der Werkrealschule zur beruflichen Realschule,
- die Schulträger vor Ort stärken, indem wir ihnen mehr Gestaltungsspielraum innerhalb eines stabilen Rahmens einräumen,
- die Bildungspolitik aus dem parteipolitischen Dauerstreit herausholen und wieder auf die Verbesserung der Bildungsqualität konzentrieren.

*Bildungsgerechtigkeit beginnt bei der richtigen Schulwahl*

## **Die Vielfalt der Schularten ist unsere Stärke**

Kinder sind verschieden – und so sollten es auch ihre Bildungswege sein. Die Vorstellung, dass alle Kinder nur durch ein einheitliches Schulsystem gleichermaßen gefördert werden könnten, mag auf dem Papier verlockend wirken, verkennt aber die Realität in den Klassenzimmern. Einheitsschulsysteme überfordern die einen, unterfordern die anderen und helfen am Ende niemandem. Wir Freie Demokraten stehen für eine Bildungspolitik, die diese Unterschiede anerkennt und deshalb passgenau fördert – nicht eine, die mit der Gießkanne Gleichheit statt Gerechtigkeit erzeugt.

Das differenzierte Schulwesen in Baden-Württemberg bietet mit seinen verschiedenen Schularten die Möglichkeit, auf individuelle Stärken und Interessen einzugehen. Diese Vielfalt ist eine Stärke unseres Bildungssystems, keine Schwäche. Wer auf das Ziel „eine Schule für alle“ hinarbeitet, nimmt bewusst in Kauf, dass viele Kinder nicht diejenige Förderung erhalten, die sie brauchen. Gerade leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler profitieren von homogeneren Lerngruppen, die differenzierte Unterstützung ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns für klare und transparente Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schularten ein. Wir fordern daher die verbindliche Grundschulempfehlung für alle weiterführenden Schularten. Nur so kann sichergestellt werden, dass jedes Kind auf diejenige Schulform kommt, in der es am besten lernen und sich entfalten kann. Dabei ist für uns klar: Diese Empfehlung muss pädagogisch begründet, durch Gespräche mit den Eltern flankiert und im besten Interesse des Kindes ausgesprochen werden.

Eine passgenaue Schulwahl ist nicht elitär, sondern Ausdruck echter Bildungsgerechtigkeit. Sie ermöglicht, dass jedes Kind – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status – in eine Schulumgebung kommt, die seinen Bedürfnissen zu diesem Zeitpunkt entspricht. Wir wollen, dass Eltern wieder Vertrauen in das Schulsystem haben können: Vertrauen darauf, dass die Empfehlung nicht zufällig, sondern nachvollziehbar und fachlich fundiert ist. Denn nur wenn das Kind zur Schule passt, kann Schule dem Kind gerecht werden. Der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist für unsere Bildungspolitik handlungsleitend.

Wir werden:

- das gegliederte Schulwesen mit seinen unterschiedlichen Schularten gegen vereinheitlichende Strukturdebatten verteidigen,
- eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle weiterführenden Schularten einführen, um passgenaue Bildungswege zu sichern,
- Eltern durch verpflichtende Beratungsgespräche und transparente Kriterien stärker in die Schulwahl einbinden,
- homogenere Lerngruppen als pädagogisches Instrument zur individuellen Förderung stärken,
- echte Bildungsgerechtigkeit durch differenzierte Angebote statt Gleichmacherei verwirklichen.

*Praxis par excellence.*

## **Werkrealschulen müssen erhalten bleiben!**

Die Werkrealschule ist für viele Jugendliche ein wichtiger Ort der Orientierung, Förderung und beruflichen Perspektive – gerade im ländlichen Raum. Sie verbindet allgemeinbildende Inhalte mit praxisnaher Bildung und ermöglicht Jugendlichen einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung oder weitere schulische Qualifikationen. Besonders in Zeiten von Fachkräftemangel brauchen wir eine Politik, die Werkrealschulen den Rücken freihält und ihr besonders praxisnahes Profil stärkt.

Wir Freie Demokraten möchten, dass der Werkrealschulabschluss als eigenständiger Abschluss erhalten bleibt. Seine Abschaffung durch Grün-Schwarz halten wir für einen folgenschweren Fehler. Um die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen und die Attraktivität der Werkrealschule zu erhalten, ist der eigenständige Abschluss unverzichtbar. Wir wollen deshalb die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses rückgängig machen.

Die Werkrealschule braucht eine klare Perspektive – nicht als „Restschule“, sondern als eigenständige Option für Schülerinnen und Schüler mit Interesse an praxisnaher Bildung. Sie leistet einen wertvollen Beitrag zur Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und eröffnet Chancen für alle, die ihre Stärken nicht primär im theoretischen Lernen sehen. Durch verstärkte Bildungskooperationen mit Ausbildungsbetrieben kann dieser eigenständige Fokus weiter gestärkt werden.

Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, die Werkrealschule zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Eine Perspektive liegt in ihrer Transformation zur „beruflichen Realschule“ – mit klarer Verankerung praxisbezogener Inhalte, enger Kooperation mit Ausbildungsbetrieben und gezielter Förderung handlungsorientierter Kompetenzen. So sichern wir wohnortnahe Bildungsangebote, stärken die Berufsvorbereitung und schaffen Anschlussfähigkeit – sowohl in Ausbildung als auch in weiterführenden Bildungsgängen.

Wir werden:

- die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses rückgängig machen und der Werkrealschule ihre Daseinsberechtigung zurückgeben,
- die Werkrealschulen insbesondere im ländlichen Raum gezielt erhalten und ausbauen,
- die Transformation zur „beruflichen Realschule“ als modernes, praxisnahes Schulmodell gestalten,
- Berufsvorbereitung und Ausbildungsreife stärker im Curriculum der Sekundarstufe I verankern,
- eine praxisnahe, differenzierte Schullandschaft aktiv fördern und erhalten.